

Diese Frage wird gegenwärtig unter den Studenten auch unserer Technischen Universität zum Teil heftig diskutiert. Übereinstimmung zwischen Studenten und Lehrkräften des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums (MLG) besteht offenbar darüber, daß in Inhalt und Formen, in Thematik und Methodik der Vermittlung und des Studiums gesellschaftswissenschaftlicher Probleme Veränderungen erfolgen müssen. Warum? Erstens wird der Inhalt der Lehre und des Studiums von Gesellschaftstheorien und Weltanschauungen geprägt vom Charakter und vom Zustand der Gesellschaft, ihren Bedürfnissen und Widersprüchen. Gesellschaftliche Umgestaltungen und Veränderungen verlangen notwendig Veränderungen in den Gesellschaftswissenschaften und ihrer akademischen Vermittlung. Spätestens seit Mitte der 80er Jahre ist die Welt in einer Umbruchsituation, vollziehen sich gesellschaftliche Reform- und Umgestaltungsprozesse, tiefgreifende qualitative Veränderungen im System der gesellschaftlichen Produktivkräfte, in Wissenschaft und Technik, in den sozialen Strukturen, den politischen Systemen, den internationalen Beziehungen, der Lebensweise. Der Sozialismus als historische Gesellschafts-Alternative zum Kapitalismus erneuert sich; bisherige Modelle und Strukturen der sozialistischen Gesellschaft sind überholt, sind geschichtliche Vergangenheit und ungeeignet für die Lösung der eigenen wie der Menschheitsprobleme. Auf der Tagesordnung steht die Erneuerung der Gesellschaftskonzeption des Sozialismus und deren zielstrebige Verwirklichung. Muß all dem unsere Gesellschaftstheorie nicht Rechnung tragen? Müssen die sich vollziehenden historischen Umbrüche nicht von einer Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, von einer Erneuerung auf ihm beruhender theoretischer Auffassungen begleitet sein?

Gerade jetzt scheint es notwendig, folgende Bemerkung Friedrich Engels' tiefer zu durchdenken: „Mit jeder epochemachenden Entdeckung schon auf naturwissenschaftlichem Gebiet (geschweige denn auf dem der Geschichte der Menschheit) muß er (der dialektische Materialismus - W.S.) seine Form ändern“.

Zweitens erwächst die Notwendigkeit der Neugestaltung des MLG aus der Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften

MLG - ja oder nein?

ten selbst. Sicher werden sich auch in Zukunft die Studenten unserer Technischen Universität Grundkenntnisse der marxistisch-leninistischen Theorie aneignen, den Marxismus als Wissenschaft, als Anleitung für das eigene Handeln. Das schließt zugleich eine Neuprofilierung und Neustrukturierung der akademischen gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagen-Ausbildung ein. Erforderlich ist unserer Meinung nach - und von vielen Studenten wird das als notwendig empfunden, in die gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung einzubeziehen Probleme und Themen zur Leitungstheorie, Pädagogik und Psychologie, Staats- und Rechtswissenschaft, Theorie der internationalen Beziehungen und des Völkerrechts, zur allgemeinen Geschichte und Geschichte des philosophischen und politischen Denkens, zu nicht-marxistischen Strömungen und politischen Bewegungen der Gegenwart.

Sicher muß man hier differenzieren, auswählen, Varianten diskutieren. Wichtig ist dabei wohl, Erfordernissen zu entsprechen, die sich aus dem gesellschaftlichen Auftrag an den zukünftigen Absolventen ergeben, wie auch den Interessen und Ansprüchen der Studierenden selbst stärker Rechnung zu tragen.

Den Ausgangspunkt für die Neugestaltung der Lehre und des Studiums gesellschaftswissenschaftlicher Fragen sehen wir in einem neuen Herangehen an das Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Tendenzen dogmatischer Erstarrung und sich zunehmend verringender weltanschaulicher Wirksamkeit des MLG erwachsen aus einer falschen, weil pragmatischen, Politisierung der Wissenschaft, die sich in der These „das MLG ist ein Instrument der Partei“ ausdrückt. Davon ausgehend und im Bemühen, mit unseren Mitteln die Politik der SED durchzusetzen zu helfen, konzentrierten wir uns wesentlich darauf - natürlich immer auch unter Bezugnahme auf Ideen von Marx und Lenin -, Beschlüsse der SED zu interpretieren, zu begründen oder zu rechtfertigen. Damit haben wir, das müssen wir heute selbstkritisch sagen, der von uns vertretenen Wissenschaft keinen guten Dienst erwiesen. Kritische Fragestellungen, die sich aus

theoretischen Erkenntnissen ergaben, haben wir zwar vielfach und offen mit Studenten diskutiert, in Publikationen und wissenschaftlichen Veranstaltungen aber waren sie tabu. Die Furcht, Probleme offen anzusprechen und Lösungen zu fordern, die noch nicht Bestandteil von Parteibeschlüssen sind, hemmte die Entwicklung unserer eigenen Wissenschaft. Weil die Realität in vielem nicht dem entsprach, was wir an Theorie vermitteln, wurde es zunehmend schwieriger, Studenten von der Gültigkeit theoretischer Erkenntnisse vor allem in Bezug auf die sozialistische Gesellschaft zu überzeugen, wurde die Wissenschaftlichkeit des Marxismus-Leninismus in Zweifel gezogen.

Welche Schlußfolgerungen sehen wir? Was ist das derzeitige Ergebnis der in den zurückliegenden Wochen mit vielen Studenten - insbesondere des 3. Studienjahres - wie auch im eigenen Kollektiv geführten Diskussionen?

1. Das MLG sollte als gesellschaftswissenschaftliches Grundlagenstudium profiliert werden zu einer hochschulpolitischen Einrichtung, die wichtige Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus, zugleich aber darüberhinausgehende gesellschaftswissenschaftliche Grundkenntnisse vermittelt. Hauptziel muß sein, die Studenten zur Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung zu befähigen. Das schließt die Fähigkeit ein, auf der Grundlage solider theoretischer Kenntnisse und mit wissenschaftlichen Arbeits- und Denkmethode gesellschaftliche Prozesse, Entwicklungsrichtungen und Bewegungen zu beurteilen und selbstständig bewußt zu handeln. Die Bewertung des Grades dieser Fähigkeiten sollte erfolgen durch schriftliche Arbeiten, Konsultationen und Prüfungsgespräche oder auch mittels anderer Kriterien, die noch zu definieren wären.

2. Das gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenstudium müßte im Rahmen einer Hochschulreform neu profiliert werden. Hauptanliegen sollten die Überwindung des Verschlusssystems und die Schaffung von Studienrahmenplänen der Fachsektionen sein, in denen es obligatorische, wahlobligatorische und fakultativ zu belegende Fächer gibt. Die Ge-

sellschaftswissenschaften sind mit einem auf das Ingenieurstudium zugeschnittenen differenzierten Angebotskatalog Bestandteil dieses Rahmenstudienplanes. Das könnten u.a. sein philosophische und weltanschauliche Grundfragen im Spiegel verschiedener philosophischer Strömungen; die Methode des dialektischen Materialismus und ihre Anwendung auf die Gesellschaft; Fragen des Managements, der Reproduktionstheorie und wirtschaftlicher Reformen; Probleme der politischen Führung und Leitung bei der Automatisierung und Computerisierung der Produktion, Inhalt und Formen von Demokratisierungsprozessen, die Entwicklung der Sozialismus-Theorie. Stärker genutzt werden sollten hier auch eigene Ergebnisse gesellschaftswissenschaftlicher Forschung auf solchen Gebieten wie Ökologie, Technikphilosophie und -geschichte, Ethik, Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, Revolutionstheorie und der Menschenrechtsproblematik.

3. In Verbindung mit der inhaltlichen Neugestaltung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenstudiums sollten auch organisatorische und Zeitfragen diskutiert und geklärt werden. Das gilt z. B. für die zeitlichen Proportionen, das zeitliche Volumen einzelner Studienfächer.

Ausgehend von der Zielstellung des Ingenieurstudiums, den Anforderungen an den zukünftigen Absolventen und sein Persönlichkeitsprofil könnte der Student, der z. B. ein vier- oder fünfjähriges Studium absolviert, seine fachrichtungsspezifische Planung vornehmen. Zu beachten ist dabei die unverzichtbare Einheit von fachlicher und gesellschaftswissenschaftlicher Bildung bei Akzeptanz unterschiedlicher Zugänge zu weltanschaulichen Fragen. Planung des Zeitfonds, Rang- und Reihenfolge der Belegung einzelner Fächer sind dabei Angelegenheiten des Studenten selbst.

Als Stimulierung der Studienintensität halten wir für möglich, daß ein Student im Falle des vorfristigen Abschlusses des Studiums den Rest des bis zum Ende der regulären Studienzeit geplanten Stipendiums ausbezahlt erhält, im Falle der Überschreitung dieser Zeit müßte er das längere Studium selbst finanzieren oder einen Betrieb finden, der diese Kosten übernimmt.

Prof. Dr. W. Strauß,
Dipl.-Phil. I. Blankenburg,
WB Wissenschaftlicher Sozialismus

Festspiele mit Licht und Schatten

UZ-Interview mit Genossen Seltmann, Direktor für Kultur und Öffentlichkeitsarbeit der TU

Die 6. Universitätsfestspiele sind Geschichte. Wie werten Sie die Ergebnisse?

Antwort: Das Organisationskomitee hat sich mit den Ergebnissen beschäftigt und diese sehr differenziert bewertet. Neben Licht gibt es Schatten. Insgesamt wurde jedoch die Qualität von Festspielen nur ungenügend erreicht. Gegenüber vergangenen Festspieljahren gab es zu wenig Entwicklung, wurden routinere Züge sichtbar. Die sehr engagierte Arbeit in der Basis führte damit insgesamt noch nicht zu der Möglichkeit und für eine Universität notwendige Qualität.

Was heißt, künftig keine Festspiele mehr?

Antwort: Ich weiß, daß diese Frage gegenwärtig diskutiert wird. Mein persönlicher Standpunkt ist, daß auf Universitätsfestspiele nicht zu verzichten ist. Notwendig sind neue Überlegungen und ein neues Konzept. Sie müssen sich stärker an den sich entwickelnden geistig-kulturellen Bedürfnissen orientieren, alle zwei Jahre interessante Ergebnisse der Entwicklung vorstellen und zugleich neue Orientierungen setzen. Die Universitätsfestspiele müssen im engeren Kontakt mit den anderen Hochschulen, mit den Praxispartnern aber auch mit Dresdner Kunsteinrichtungen und den Künstlerverbänden gestaltet werden. Auch sollten die kulturellen und geistigen Potenzen der Sektionen noch deutlicher wirksam werden. Das alles verlangt eine langfristige konzeptionelle und organisatorische Vorbereitung als das bisher die Praxis war. Darüberhinaus, glaube ich, muß eine stärkere Wechselwirkung zwischen Festspielen als Höhepunkt und dem „Kultur-Alltag“ und der „Alltagskultur“ an der TU hergestellt werden. Ich glaube, daß die TU so einen Beitrag zur Realisierung der Forderung von unserem Ministerpräsidenten Hans Modrow leisten wird, noch stärker Kunst und Kultur als aktivierendes Moment zum Wohlbefinden und zur geistigen Auseinandersetzung wirksam zu machen.

In diesem Sinne bin ich sehr interessiert an Standpunkten und Vorschlägen der Angehörigen unserer Universität.

Woran sollte man anknüpfen?

Antwort: Ich sprach schon von der engagierten Arbeit in der Basis, in den Volkskunstkollektiven und Klubs, von Kulturfunktionären und -beauftragten und dem Mitwirken der großen Zahl Kulturinteressierter. Hier muß man anknüpfen. Lassen Sie mich das an zwei Beispielen erläutern. Die FDJ-Studentenbühne leistete Herausragendes. In erster Linie durch eigene Arbeit ihrer Mitglieder entstand „die Bühne“, auf der in diesen Tagen sechs Inszenierungen zur Premiere gebracht wurden. Damit erbrachten sie einen Beitrag auch zur Bereicherung des „Kulturalltags“ unserer Universität. Auch die von der FDJ-Kreisleitung unter Einbeziehung der Studentenklubs und anderer Partner durchgeführte komplexe Gestaltung des 5. Oktober war ein neuer Schritt, der ausbaufähig ist.

Also keine „Kunstbanausen“ an der TU?

Antwort: Sie beziehen sich dabei sicher auf die Zuschrift von Dr. Böhme an die UZ. Eine solche Aussage ist sicher nur rhetorisch zu verstehen. Neigungen und Bedürfnisse auf kulturellem Gebiet sind selbstverständlich sehr differenziert. Es ist normal, daß nicht jeder ein Freund sinfonischer Musik ist. Die Konzertfreunde in Dresden sind natürlich auch durch das breite Angebot verwöhnt. Trotz aller Werbemaßnahmen ist es uns nicht gelungen, Neugierde auf das Sinfonieorchester der Musikinstrumentenbauer Markneukirchen zu wecken. Ein „organisiertes Hinführen“ von Besuchern halte ich persönlich für nicht vertretbar.

Aussprechen möchte ich allerdings auch, daß die Universitätsfestspiele generell noch zu wenig im Bewußtsein der Angehörigen unserer Universität insgesamt verankert sind. Eine Aufgabe, der sich das DKÖ im Zusammenwirken mit allen potentiellen, kulturellen Partnern stellen wird und muß.

Doktoranden der Sektionen 06, 09 und 15 formulierten ihre Vorschläge für effektiveres Forschen

In Auseinandersetzung mit den Vorschlägen des Rektors der TU Dresden zu Veränderungen vom 6. 11. 1989 sind die Doktoranden der Sektion Chemie zu dem Schluß gekommen, daß die bis dahin praktizierte „Doktorandenweiterbildung“ in Marxismus/Leninismus mit sofortiger Wirkung eingestellt werden muß. Diese 400 Stunden umfassende „Weiterbildung“ beansprucht eine Arbeitszeit von insgesamt über zwei Monaten (einen Arbeitstag von 8,75 Stunden vorausgesetzt). Wir denken, daß diese Zeit sinnvoller für Forschung und Lehre genutzt werden muß. In der heutigen Zeit ist diese Wiederholung der M/L-Grundlagenausbildung vom Studium absolut überholt.

Des weiteren erachten wir es als einen unhaltbaren Zustand, mit der von jedem Doktoranden geforderten Abschlußarbeit von 30 Seiten, was dem Umfang einer halben Diplomarbeit entspricht, zu arbeiten für Graduierungsarbeiten oder Vorlesungen für Mitarbeiter der Sektionen 01 und 02 unserer Universität zu leisten. Bringen denn die Mitarbeiter der gesellschaftswissenschaftlichen Sektionen Zuarbeiten für Graduierungsarbeiten unserer oder anderer Sektionen?

Außerdem bezweifeln wir auch den ideellen Nutzen für die Teilnehmer an einer solchen „Weiterbildungsmaßnahme“. Wer sich bis zum Beginn seiner Promotion noch keinen marxistisch-leninistischen Standpunkt angeeignet hat, wird auch durch diese Veranstaltungen nicht motiviert, das zu tun. Wir sind der Meinung, daß Menschen, die sich mit Arbeiten zur Promotion befassen, auch die politische Reife besitzen, um aktuelle Geschehnisse und Tendenzen selbständig zu erfassen und zu bewerten. Wir bedürfen keiner Anleitung zu gesellschaftlichem Denken, zumal sich die ML-Seminare meist im Wettzitiere politischer Schriften erschöpfen und damit nur „Lippenbekenntnisse“ gefragt waren.

Die Bereitschaft eines Wissenschaftlers, sich seiner Forschungsaufgabe mit

höchstem Einsatz zu widmen, hängt nicht von der Teilnahme an diesem „Weiterbildungskurs“ ab. Ein diktiertierter Pflichtstandpunkt kann nie zur Überzeugung werden. Verbunden mit dieser unserer Forderung ist eine Veränderung der Promotionsordnung (die wir hier ebenfalls mit Nachdruck fordern) dahingehend, daß in Zukunft zur Prädikatsbildung ausschließlich die rein fachliche Leistung zählt!

Wir sind jedoch nicht grundlegend gegen eine gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung und schlagen die Schaffung von fakultativen Veranstaltungen vor, die Wissen vermitteln, das für die zukünftige Arbeit als Leiter von Arbeits- und Forschungskollektiven anwendbar ist. Das könnten sein:

- Pädagogik und Psychologie
- Management
- Philosophische Aspekte der Naturwissenschaften
- Sozialistisches und Arbeitsrecht
- Ökologie

Diese Veranstaltungen sollten in einem Angebotskatalog nach dem Einschreibprinzip vorgelegt werden. Wir fordern als Realisierungstermin für die Abschaffung der M/L-Weiterbildung den 1. Januar 1990.

Die Doktoranden der Sektion Chemie der TU Dresden

19 Doktoranden des WB Bauelemente-Technologie (Arbeitsgruppe Sensorik) der Sektion Informationstechnik und 9 Doktoranden des WB Biotechnologie der Sektion Verarbeitungs- und Verfahrenstechnik sandten dem Minister für Hoch- und Fachschulwesen am 14. November 1989 folgenden Offenen Brief, die marxistisch-leninistische Doktoranden-ausbildung betreffend:

„Die Volksbewegung der letzten Wochen hat Anstoße zu zahlreichen Veränderungen gegeben und bereits einige wenige falsche Entscheidungen der letzten Jahre rückgängig gemacht. Auf fast allen

Stufen des Bildungsweges der DDR-Jugend wurden der Zwang zur marxistisch-leninistischen Weltanschauung abgehaftet und die Vermittlung dieser Weltanschauung in einer nicht mehr durch Zensuren bewerteten Form in Aussicht gestellt. Konkretere Vorstellungen scheinen dabei für den Staatsbürgerkundeunterricht in den POS und EOS und das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium an den Hoch- und Fachschulen zu existieren.

Leider sehen wir jungen Technik- und Naturwissenschaftler uns immer noch mit der Tatsache konfrontiert, einen unangemessen großen Teil unserer Arbeitszeit für die uns schon mehrmals auf unserem Bildungsweg eingetrichterte marxistisch-leninistische Weltanschauung opfern zu müssen. Diese Zeit muß echte Forschungszeit im Dienste des Fortschritts werden! Der gegenwärtige Zustand der schulmäßigen Durchführung und Bewertung von gesellschaftswissenschaftlicher Fleißarbeit, die am Ende dem betreuenden Gesellschaftswissenschaftler noch als Zuarbeit für seine eigene Arbeit dient, ist unseres Erachtens nicht mit der schnellstmöglichen Entwicklung von Wissenschaft und Technik vereinbar und befriedigt uns auch persönlich nicht.

Wir sind für die Abschaffung der marxistisch-leninistischen Ausbildung für Doktoranden in der jetzigen Form. Wir halten fakultative Foren zu allen weltanschaulichen und ideologischen Richtungen, vor allem solchen, über die wir so gut wie nichts aus Schule oder Studium wissen, für eine zweckmäßige Form. Eine Benotung unserer weltanschaulichen Haltung, die sich auf die Bewertung unserer fachlich-wissenschaftlichen Arbeit wie bisher auswirkt, lehnen wir ab. Für politisch-ideologische Betätigung stehen außerhalb der Arbeitszeit die Parteien und Massenorganisationen zur Verfügung.“

Die Berichterstattung in der UZ Nr. 21 vom 15. 11. 89 über die außerordentliche Sitzung der SED-Kreisleitung löste bei uns Erstaunen aus. Wir finden es unwürdig vom Organ unserer Partei an der TU, daß es nur acht Zeilen Platz benötigte, um über die Abberufung des bisherigen 1. Sekretärs der SED-KL, Genossen Rudi Vogt, zu informieren, während die bisher spaltenweise Platz gefunden hat, aus seinen richtungweisenden Referaten zu zitieren.

Wir halten es besonders in der gegenwärtigen Situation für dringend erforderlich, öffentlich und umfassend zu informieren. Insbesondere interessiert wahrscheinlich nicht nur uns, welche persönlichen Gründe Genossen Vogt bewegen haben, seine Abberufung zu beantragen. Wenn es im Statut unserer Partei auch nicht ausdrücklich gefordert wird, so halten wir es zumindest doch für die moralische Pflicht eines führenden Genossen, nicht wort- und spurlos „in der Versenkung zu verschwinden“. Der ehemalige Minister für Bauwesen, Genosse Junker, bzw. Genosse von Schnitzler haben gezeigt, daß es auch anders geht.

Wir halten es für unvereinbar mit der notwendigen Erneuerung unserer Partei, wenn hauptamtliche Genossen ohne Re-

Aus persönlicher Verantwortung die nötige Konsequenz gezogen

dem geltenden Statut gehandelt und für die Verwirklichung der Führungsrolle der Partei an der TU gekämpft.

Ohne in diesem Rahmen auf alle Seiten der Führungsarbeit eingehen zu können, möchte ich nur aus aktuellem Anlaß hervorheben, daß einer der Fehler aus dem genannten Motiv darin bestand, viele staatliche Aufgaben an uns zu ziehen, Partei- und staatliche Arbeit und Verantwortung nicht sauber abzugrenzen und so auch in die Arbeit anderer hineinzuwirken. Dafür dem jetzigen Rektor, der mit großem Können und viel eigenschöpferischen Beiträgen und persönlicher Autorität parteiverbunden die Beschlüsse mit ausgearbeitet und umgesetzt hat, vor allem die Verantwortung im Sinne einer Schuld zuzuschreiben, halte ich für ungerecht.

Sicher waren die letzten Wochen für uns eine große Schule und ein tiefer Umdenkungsprozess. Prinzipielle Schlußfolgerungen wurden und werden noch gezogen. Das beziehe ich aber in allererster Linie auf mich.“

Wir fordern, Genossen Rudi Vogt genügend Platz in der UZ einzuräumen und von seiten der Zeitung darauf zu drängen, daß er ihn nutzt.

22. 11. 89

Detlef Pflug/Holger Eichhorn,
APO III, Sektion 14

Vor der SED-Kreisleitung sowie zur Sitzung des Senats der TU am 22. 11. 1989 gab Genosse Rudi Vogt eine Erklärung ab. Darin heißt es, „daß ich mich persönlich voll verantwortlich fühle für Fehler, die in der Parteiarbeit in den Jahren, in denen ich 1. Sekretär war, gemacht wurden und zum Vertrauensschwund beigetragen haben. Auch ich habe in dem festen Glauben gehandelt, daß das, was in der Parteiführung beschlossen wurde, eine gute und richtige Politik ist. In diesem Sinne habe ich nach

dem geltenden Statut gehandelt und für die Verwirklichung der Führungsrolle der Partei an der TU gekämpft.

Ohne in diesem Rahmen auf alle Seiten der Führungsarbeit eingehen zu können, möchte ich nur aus aktuellem Anlaß hervorheben, daß einer der Fehler aus dem genannten Motiv darin bestand, viele staatliche Aufgaben an uns zu ziehen, Partei- und staatliche Arbeit und Verantwortung nicht sauber abzugrenzen und so auch in die Arbeit anderer hineinzuwirken. Dafür dem jetzigen Rektor, der mit großem Können und viel eigenschöpferischen Beiträgen und persönlicher Autorität parteiverbunden die Beschlüsse mit ausgearbeitet und umgesetzt hat, vor allem die Verantwortung im Sinne einer Schuld zuzuschreiben, halte ich für ungerecht.

Sicher waren die letzten Wochen für uns eine große Schule und ein tiefer Umdenkungsprozess. Prinzipielle Schlußfolgerungen wurden und werden noch gezogen. Das beziehe ich aber in allererster Linie auf mich.“

Eine Antwort, die zu vieles offen läßt

(Fortsetzung von Seite 1)

Vorschläge und Ergänzungen im Rahmen dieser Aussprache nehmen wir gern entgegen und bitten Sie, diese an das Direktorat für Studienangelegenheiten zu richten. Abschließend sei von dieser Stelle aus allen für die fleißige Hilfe in der Ernte, aber auch für die kritischen Hinweise und die Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit gedankt.

Anmerkung der Redaktion:

Da hat sich das DSTA ja was Gewaltiges ausgedacht: Einige, offensichtlich völlig neue Fragen werden aufgeworfen, Meinungen gesammelt, Partner eingeladen und alle aufgetretenen Probleme umgehend gelöst. Als ob dieser Stil nicht schon seit zig Jahren in der Erntevorbereitung praktiziert wird und eklantante Reinfälle den Studenten mit dem Hinweis, daß sich im nächsten Jahr alles ändern werde, schmackhaft gemacht wurden.

Einzig die Frage „Wer sind die richtigen Partner?“ gefällt mir - sie kann ich bei diesem epochemachenden Beitrag auf das DSTA bezogen schnell beantworten.

Karsten Eckhold

Universitätszeitung 19/89

Wo sind sie geblieben?

In unserer Ausgabe 19/89 vom 18. 10. 89 informierten wir über eine Kontrolle des ABI-Kreiskomitees der TU, den Ausstattungsgrad der Lehrräume mit intakten Polyluxgeräten betreffend. Die ABI beauftragte damals den Prorektor E/A, unverzüglich dafür zu sorgen, daß alle Lehrräume mit Polyluxgeräten ausgestattet werden und staatliche Leiter,

die eine entsprechende Rektoranweisung von 1987 ignorieren, zur Verantwortung gezogen werden.

Nun hat der Prorektor E/A reagiert und UZ eine Antwort mit der Bitte um Veröffentlichung gesandt. Wir können uns das jedoch sparen, da hier lediglich nochmal eine Auflistung der Räume, in denen keine Polyluxgeräte installiert sind, vorgenommen wird. Das haben wir aber schon von der ABI. Vom Prorektor E/A erwarten wir nun wirklich Leistungs-festlegungen und ernstzunehmende Maßnahmen, damit in die ausstehenden 26 Lehrräume ein Polylux kommt und den entsprechenden staatlichen Leitern (z. B. der Sektionen 03, 04, 05, 17) Dampf gemacht wird.

Die Redaktion

Kurz und bündig

Der Freundeskreis Esperanto lädt am Donnerstag, dem 7. 12. 1989, 19 Uhr, in den Klub der Professoren, Einsteinststraße 9, zu einem Vortrag von Diplomlehrer Fritz Wollenberg (Berlin) ein:

„Esperanto in den ersten drei Jahrzehnten - über das Wirken von L. L. Zamenhof (15. 12. 1859 - 14. 4. 1917)“. Im gleichen Haus kann bereits ab 16 Uhr wieder die Esperantobibliothek besucht und genutzt werden. Ab 18 Uhr findet gegenüber im Willersbau A 120, Zellescher

Weg 12 - 14, für Neugierige ein halbstündiger Esperanto-Schnupperkurs statt.

Die Fachgruppe Schwimmen des Instituts für Hochschulsport lädt ein zum Freizeitschwimmen: am Montag, dem 18. 12. bis Freitag, dem 22. 12. 1989 und Mittwoch, dem 27. 12. bis Freitag, dem 29. 12. 1989. TU-Mitarbeiter und ihre Angehörigen können an diesen Tagen jeweils von 6.45 bis 8.00 Uhr im Sachsenbad dem feuchten und gesunden Hobby fröhnen.

P. S. zur Kundgebung der Künstler

Wäre zur Kundgebung der Künstler und Kulturschaffenden auf dem Theaterplatz in der SZ-Ausgabe vom 20. November nicht mehr zu sagen gewesen als nur der unkommentierte Abdruck oft stark überspitzter und unsacklicher, nicht das komplexe Bedingungsgefüge der kulturpolitischen Entwicklung vor der Wende darstellender Diskussionsbeiträge?

Ich habe bislang unsere Künstler als kulturvolle Vertreter konstruktiven Meinungstreits verstanden, die tatsächlich

Hemmnendes aufzeigen und ihre spezifischen Lösungen anbieten. Aber das Auftreten u. a. von Gunter Emmerlich und Prof. Ludwig Güttler hat mich enttäuscht und belehrt. Deshalb fordere ich neben der Berichterstattung auch eine Darstellung der Kulturpolitik unserer Partei, die genau diesen Künstlern, die heute unwürdige Bedingungen der Entfaltung ihrer Talente beklagen, die Entwicklung gesichert und beste Arbeits- und Lebensbedingungen garantiert hat. Oder sind

die vielen Diskussionen, die Gagen, Wohnbedingungen und materielle Ausstattung unserer etablierten Künstler im Vergleich zum durchschnittlichen Lebensniveau des Volkes als unbegründete soziale Differenzierung dargestellt haben, ungerechtfertigt gewesen?

Wenn Bewohner baupolitisch gesperrter Wohnungen der Äußeren Neustadt das „brennende Licht von Wandlitz“ einklagen würden, hätte das seine Berechtigung, nicht aber bei Prof. Güttler.

Dr.-Ing. Thomas Eberle

21. 11. 1989